

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Gewalt- und Vergewaltigungsoffer in Kriegs- und Krisengebieten unterstützen**

Die Verleihung des Bremer Solidaritätspreises an die kongolesische Menschenrechtsverteidigerin Immaculée Birhaheka hat die Missachtung von Menschenrechten und die Gewalt, insbesondere gegenüber Frauen, in der Demokratischen Republik Kongo in die öffentliche Wahrnehmung gerückt.

Der vor allem um die reichen Bodenschätze geführte Krieg im Osten des Landes ist geprägt von einer Kriegsführung, die Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen als strategisches Mittel einsetzt. Weltweit werden Frauen in bewaffneten Konflikten oft Opfer systematischer sexueller Folter. Damit wird nicht nur das Leben der unmittelbaren Gewaltopfer, sondern auch das ihrer Familien und Gemeinschaften zerstört. Nach UN-Angaben wurden allein im vergangenen Jahr über 100 000 Frauen brutal und teilweise mehrfach vergewaltigt. Rund ein Viertel der vergewaltigten Frauen sind zudem mit dem HI-Virus infiziert worden. Medizinische und psychologische Hilfe gibt es für die Opfer nur selten.

Die Verleihung des Bremer Solidaritätspreises muss daher flankiert werden von konkreter Unterstützung für Frauen, die in der Demokratischen Republik Kongo oder anderen Kriegsgebieten Vergewaltigung und anderen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Der Preis verpflichtet Bremen, in Berlin und Brüssel auf wirksame Schutzmaßnahmen für von Vergewaltigung in Kriegen betroffene und bedrohte Frauen zu dringen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Ehrung der kongolesischen Menschenrechtsaktivistin Immaculée Birhaheka mit dem 11. Bremer Solidaritätspreis. Sie sieht die Auszeichnung als Unterstützung der couragierten Arbeit der Preisträgerin. Gleichzeitig versteht sie sie als Verpflichtung des Landes Bremen, sich nachdrücklich für die Interessen von Frauen und Mädchen einzusetzen, die in der Demokratischen Republik Kongo oder anderen Kriegsgebieten der Welt Opfer von Vergewaltigungen werden oder zu werden drohen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich – gegebenenfalls auch über den Bundesrat – bei der Bundesregierung und der EU nachdrücklich für wirksame Schutzmaßnahmen für von Vergewaltigung in Kriegen betroffene und bedrohte Frauen einzusetzen. Unter anderem möge der Senat darauf dringen, dass
 - a) die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats zur stärkeren Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Verhütung, Bewältigung und Beteiligung von Konflikten international umgesetzt wird,
 - b) der Schutz vor Vergewaltigung in die Einsatzrichtlinien von UN-Missionen explizit aufgenommen wird,
 - c) der Friedensfonds für den Wiederaufbau in der Demokratischen Republik Kongo in erheblichem Umfang für die Behandlung vergewaltigter Frauen und Mädchen sowie deren ökonomische Zukunftssicherung eingesetzt wird,
 - d) bei der Wiedereingliederung ehemaliger Kindersoldaten Mädchen angemessen berücksichtigt werden,

- e) Menschenrechte in der Demokratischen Republik Kongo und anderen Kriegsgebieten geachtet werden,
- f) Gewalt gegen Frauen überall auf der Welt öffentlich verurteilt wird,
- g) Berichten über Folter an Frauen nachgegangen wird und Anklage und Bestrafung der Täter durch unabhängige Gerichte erfolgt,
- h) Frauen, die vor frauenspezifischer Verfolgung nach Deutschland fliehen, Asyl gewährt wird.

Ulrike Hiller, Ursula Arnold-Cramer, Helga Ziegert,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer, Doris Hoch, Dr. Zahra Mohammadzadeh,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen